Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 129. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 4. Juni 1930. | 12. Jahrgang.

O sei auf Gottes heller Welt kein trüber Gast!
Mach Schande nicht dem milden Herren den du hast,
Zeig' in Geberd' und Wort und Blick, daß dem du dienst,
Der sagt: Mein Joch ist sanft und leicht ist meine Last.
Rückert.

Die Förderung der bäuerlichen West-Ost-Siedlung in Rheinland und Westfalen.

Durch das großzügige Osthilfswerk dürfte auch die bäuerliche Ostsiedlung, die sich infolge der vom Reich in Höhe von jährlich 50 Millionen Reichsmark vorläufig bereitgestellter Siedlungskredite in den letzten fünf Jahren in aufsteigender Entwicklung befand, einen weiteren stärkeren Auftrieb erhalten.

Dies ist um so erfreulicher, als, was leider im Westen noch immer nicht genügend bekannt ist, vor allem der überschüssige bäuerliche Nachwuchs aus den übervölkerten Gebieten des Westens und Südens in jene dünnbevölkerten Gebiete übergesiedelt werden soll, um so im Lauf der Jahrzehnte einen gewissen Ausgleich in der Bevölkerungsdichte zwischen den Teilen des Reiches östlich und westlich der Elbe, wenigstens auf dem flachen Lande, herbeizuführen.

In diesem Sinne kommt ein erheblicher Teil der für die Osthilfe im allgemeinen und das Reichssiedlungswerk im besonderen ausgeworfenen Mittel der Bauernschaft im Westen zugute, ganz abgesehen davon, daß man sich von einer großzügigen Binnensiedlung mit Recht eine dauernde Erweiterung und Steigerung des Absatzmarktes *unserer* Industrie verspricht, wobei das Baugewerbe, die Dünger- und Landmaschinen-Werke und ihre Schlüsselindustrien in erster Reihe stehen.

Wir müssen bedenken, daß eine 60 Morgen große Vollbauernstelle in der Ostsiedlung durchschnittlich auf 37 000 Reichsmark zu stehen kommt, wovon der aus dem Westen stammende Siedler nur 4 000 bis 5 000 RMk. anzuzahlen braucht. Die ganzen übrigen 32 000 RMk. werden durch Mittel des Reiches und Staates gedeckt, wovon 6 000 RMk. auf das gegenwärtig mit nur 1 v. H. zu verzinsende Hauszinssteuerdarlehen entfallen und die übrigen vom Reich zur Verfügung gestellten 26 000 RMk. nur mit 4½ v. H. zu verzinsen und unter Zuwachs der ersparten Zinsen mit ½ v. H. innerhalb 52 Jahren zu tilgen sind.

Durch jeden Bauernsiedler, den der Westen nach dem Osten schickt, nimmt er also in Höhe von durchschnittlich 32 000 Reichsmark an den für das Osthilfswerk ausgeworfenen Mitteln teil. Dazu komt, daß der Erwerb eines Siedlungsgutes völlig gebühren- und steuerfrei erfolgt. Vor allem fällt die Grunderwerbssteuer ganz aus. Der Wert dieser weiteren Vergünstigungen für den Westost-Siedler ist mit etwa 3 000 RMk. zu veranschlagen. Da die Uebergabe der Stelle mit etwa ¾ der aufstehenden Ernte im Werte von etwa 4 000 bis 5 000 RMk. erfolgt; so holt der Siedler die Anzahlung sofort wieder heraus, muß sie allerdings in der Hauptsache zunächst als Betriebsmittel wieder in das Rentengut hineinstecken. Auch wird ihm der Uebergang durch Gewährung eines Freijahres für die an das Reich zu leistende Rente erleichtert. Ferner ist er auf 5 Jahre von der Grundvermögensteuer befreit.

Außer der Anzahlung muß der Westsiedler allerdings noch den toten und lebenden Beschlag selbst beschaffen, wozu er etwa weitere 5 000 RMk. benötigt. Insgesamt muß der zweite Bauernsohn immerhin noch 10 000 RMk. aus dem Westen selbst mitbringen und das bereitet bei der heutigen Geldnot selbst in Rheinland und Westfalen manche Kopfschmerzen, auch wenn Vater und Schwiegervater ihr flüssiges Geld zusammenlegen.

Da ist es um so erfreulicher, daß man in Rheinland und Westfalen diese auch in dem „Aufwärts" mehrfach erörterte Schwierigkeit in besonders glücklicher Weise gelöst und dadurch die so begrüßenswerte Westostsiedlung in besonders tatkräftiger Weise zu fördern sucht.

Es liegt an sich nahe, daß der Vater und der Schwiegervater auf ihre Höfe etwa Goldpfandbriefdarlehen aufnehmen, und so ihren in die Fremde ziehenden Kindern unter die Arme greifen, indem sie gleichzeitig ihr Erbteil flüssig machen. Dies scheitert aber vielfach an der engen Beleihungsgrenze der Pfandbriefbanken, zumal der Betrieb meist schon vorbelastet wurde, um ihn in der heutigen Notzeit selbst mit Betriebsmitteln zu versorgen. Zudem schrecken die hohen Zinsen und Nebenkosten, die nebst dem Tilgungssatze eine jährliche Abgabe von etwa 10 v. H. des Darlehens darstellen würden. Außer auf seien eigenen schwer kämpfenden Betrieb muß der Bauer auch Rücksicht auf die anderen Miterben nehmen, die letzten Endes die Lasten der Stammstelle zu tragen haben.

Daher haben die Provinziallandtage in Rheinland wie in Westfalen beschlossen, den rheinisch-westfälischen Siedlern durch Bürgschaftsübernahme und Zinszuschüsse für solche Darlehen zu Hilfe zu kommen, die sich zur Ergänzung ihrer eigenen Mittel für die Beschaffung des Zahlungs- und Betriebskapitales bei den Landesbanken oder anderen geeigneten Geldanstalten (Sparkassen, Landschaften und dergleichen) aufnehmen müssen.

Dieses Darlehen soll aber in der Regel ein Sechstel des Wertes der Ostsiedlerstelle und den Höchstbetrag von 10 000 RMk. nicht übersteigen und ist durch Hypotheken auf dem Grundbesitz der Eltern oder Verwandten zu sichern. Notfalls können auch geeignete Rückbürgen ohne Grundbesitz gestellt werden, wenn gleichzeitig der Provinzialverband der Landesbank gegenüber die Bürgschaft übernimmt. Auch können Hypotheken abgetreten werden, die nach dem Osten abziehende siedlungslustige Landwirte beim Verkauf ihres kleinbäuerlichen Besitzes erhalten haben. Diese letzte Maßnahme könnte sich besonders für die landbesitzende Arbeiterschaft in den ländlichen Randgebieten des Ruhrgebietes segensreich auswirken, die von den Abbaumaßnahmen der Industrie am härtesten betroffen werden.

Um die Belastung der heimischen Stammstellen sowie das Wagnis der Rückbürgen in möglichst geringen Grenzen zu halten, leisten die Provinzen für diese Zinsverbilligung erhebliche Zinszuschüsse zunächst für die Dauer von 5 Jahren. Am weitesten geht man im Rheinland, wo durch diese Zinszuschüsse die tatsächliche Zinsbelastung des Ostsiedlers, bezw. bei der auf diese Weise durchgeführten Erbabfindung, die Zinsbelastung der rheinischen Stammstelle auf 2 v. H. vermindert wird. In Westfalen übernimmt der Provinzialverband eine solche Zinsverbilligung daß den Siedlern oder ihren Angehörigen zur Zeit nur eine eigene Verzinsung von 4 v. H. zu leisten verbleibt. In gleicher Weise wie in Westfalen werden Westostsiedler in Hannover und Hessen-Nassau durch Uebernahme von selbstschuldnerischen Bürgschaften der Provinz bis zum Höchstbetrage von 10 000 RMk. und Uebernahme der 4 v. H. übersteigenden Darlehenszinsen unterstützt.

Eine besonders eingehende Beratung in allen mit den Ostsiedlungen zusammenhängenden Fragen und den Förderungsmaßnahmen der heimatlichen Provinzen und Länder erteilt allen siedlungslustigen Landwirten und Landarbeitern sowie vom Lande kommenden Industriearbeitern mit eigenen Ersparnissen, die auf Veranlassung der Reichsregierung bei der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation eingerichtete Siedlervermittlungsstelle in Berlin W 8, die kürzlich als Zweigstellen die Siedlervermittlungsstellen für Westdeutschland in Düsseldorf im Landeshaus, für Mitteldeutschland in Kassel und für Süddeutschland in Stuttgart errichtet hat. Diese erteilen in allen Ansiedlungsfragen kostenlos Rat und Auskunft. Seit Jahresbeginn gibt die Siedlervermittlungsstelle eine besondere Monatsschrift, den „Ostsiedler", heraus. Da in den letzten Monaten die Siedlungsbewegung im Rheinland ein so gewaltiges Ausmaß annahm, daß die beratenden Stellen den an sie gestellten Forderungen durch briefliche und mündliche Auskunft allein kaum noch gerecht werden konnten, ist soeben eine 24 Seiten starke „Rheinische Sondernummer des Ostsiedlers" erschienen, die auf Wunsch allen ernstlichen Bewerbern und ihren Vertrauensleuten, z. B. Werksleitern, Pfarrern, Lehrern und dergleichen kostenlos zugesandt wird. Da mancher aus de Osten stammende Arbeiter, der sich im Ruhrgebiet etwas Geld erspart hat, sich vielleicht jetzt nach der alten Heimat zurücksehnt, sei noch besonders betont, daß kleine Rentengüter mit 6 bis 8 Morgen Land für Handwerker, kleine Gewerbetreibende und Landarbeiter schon bei 1000 RMk. eigenem Barvermögen im Osten zu erwerben sind.

Heinrich Schürmann, Siedlung Ridders in Holstein.

*

Im Anschluß an den Aufsatz unseres Mitarbeiters, der praktischer Fachmann im Siedlungswesen ist, weisen wir hin auf Heft 3/4 „Ziel und Wege", Monatsschrift des Westfälischen Provinzialverbandes für Innere Mission, Münster i. Westf., Erphostraße 60. In dieser Nummer, die als Denkschrift des Evangelischen Siedlungsdienstes herausgegeben ist, behandelt Dr. Hermann Schultz, Bielefeld, Altstädterkirchstraße 2a, der Geschäftsführer des Evangelischen Siedlungsdienstes, die Siedlungsfrage in so ausführlicher und klarer Weise, daß man jedem, der sich für die Sache interessiert, raten kann, sich diese Nummer der Schrift kommen zu lassen. Die Schrift unterrichtet eigentlich über alles Notwendigste, was ein evangelischer Siedler von diesen Dingen wissen muß.

Die Schriftleitung.

Deutsch Luxemburg.

An die deutschen Volksteile, die außerhalb des Deutschen Reiches wohnen, denkt man bei uns leider allzu wenig. Wer kümmert sich heute um die mehr als 30 Millionen Deutschen, die auf der Welt verstreut wohnen, wer weiß, daß das europäische Deutschtum auf 18 Staaten verteilt ist, in denen die Deutschen in geschlossenen Gebieten wohnen? Wird etwas von den Deutschen außerhalb des Reiches gesagt oder geschrieben, so erwähnt man bestimmt einen deutschen Volkssplitter nicht, den in Luxemburg. Die politische Geschichte Luxemburgs ist kurz folgende: Das Mittelalter hindurch war Luxemburg meist habsburgisch. 1815, auf dem Wiener Kongreß, wurde das Großherzogtum Luxemburg deutscher Bundesstaat. Zwischen dem Könige der Niederlande und dem Großherzog von Luxemburg bestand aber Personalunion

In der Julirevolution 1830 wurden die Niederlande getrennt. Im Süden entstand Belgien, das auf den wallonischen, westlichen Teil Luxemburgs Anspruch erhob. — 1839 wurde dieser Teil auch an Belgien abgetreten. — Luxemburg war Mitglied des deutschen Bundes. 1866 bei dem Kriege Oesterreich gegen Preußen blieb es neutral. Dem norddeutschen Bunde schloß sich Luxemburg nicht an, es blieb aber in einer Zollunion mit Preußen. Nur wenige Stimmen erhoben sich, die bedauerten, daß Luxemburg sich nicht dem norddeutschen Bunde anschloß.

Bemerkenswert ist, daß der Sozialdemokrat Bebel im Norddeutschen Parlamente gegen den Verzicht auf Luxemburg protestierte. Es ist ganz klar, daß ein „selbständiges" deutsches Luxemburg dem liberal französischen Geiste ebenso unterliegen mußte, wie Flandern und Elsaß-Lothringen, denn auch in Luxemburg war und ist das tonangebende Bürgertum durchaus frankophil. Die Geistlichkeit Luxemburgs kämpfte vergeblich für einen Wiederanschluß an das Deutschtüm.

1867 wurde Luxemburg endgültig für neutral erklärt. Die Gesetze übernahm es meist von Preußen, die Eisenbahnen standen ebenfalls unter preußischer Leitung. 1919 schloß sich Luxemburg dem belgischen Zollverband an, während die Eisenbahnen unter französische Verwaltung kamen. So wurden die letzten Verbindungen, die noch zwischen dem einstigen deutschen Bundesstaat Luxemburg und dem Reiche bestanden, zerstört.

Aber uns Deutsche interessiert vor allem die kulturelle Entwicklung Luxemburgs. Ich muß vorher noch etwas über das Deutschtum der belgischen Provinz Luxemburg schreiben. Die Hauptstadt belg. Luxemburgs Arel (franz. Arlon) ist eine deutsche Stadt, sie kam 1839 mit 19 anderen deutschen Gemeinden an Belgien. Vor dem Kriege bezifferte man die Zahl der Deutschen in Belgien mit ungefähr 100 000 (die zahlreichen Reichsdeutschen einbezogen). Man kann die Zahl der Deutschen in belg. Luxemburg wohl ungefähr mit 40—50 000 annehmen. (Außerdem wohnen noch einige 10 000 Reichsdeutsche in Belgien!) Die Zahl der Deutschen in Altbelgien geht seit 1839 ständig zurück, während die Zahl der „Doppelsprachigen" in den ehemals rein deutschen Gebieten gewaltig anwächst. Die belgische Politik versucht natürlich, dieses Gebiet zu romanisieren, deutsche Schulen gibt es gar nicht, sondern der Unterricht ist vollständig französisch.

Das Großherzogtum Luxemburg hat 250 000 deutsche Einwohner. Ein Nationalgefühl oder Heimatgefühl besitzt die Luxemburger Bevölkerung kaum. Seit dem Kriege, unter dem auch Luxemburg schwer litt, schwindet das Ansehen Deutschlands immer mehr. So ist es nur zu leicht zu verstehen, daß dieses Volk fremden Einflüssen so leicht zugänglich ist. Noch ein weiteres kommt hinzu: Man bemüht sich gar nicht, hochdeutsch zu sprechen, sondern statt dessen einen dem elsässischen ähnelnden Dialekt. Die Gebildeten (oder besser die, die sich dazu rechnen) bedienen sich meist der französischen Sprache. Man wundert sich, daß man in der Stadt Luxemburg fast nur französische Anschriften findet, in einer rein deutschen Stadt!! Die Presse ist allerdings bis auf eine Ausnahme deutsch geschrieben.

Im Parlament (eines rein deutschen Staates!!) wird nur französisch verhandelt! Das Land ist offiziell zweisprachig! Seitdem die Luxemburger Eisenbahnen in französischer Verwaltung sind, erscheinen alle Bekanntmachungen, Fahrpläne usw. nur auf französisch! Und die Bevölkerung macht so etwas, ohne sich zu wehren, mit. Wir Reichsdeutsche müssen diesem Romanisierungsprozeß zusehen, wir können nicht helfen. Aber ich glaube, daß auch in Luxemburg, ebenso wie im Elsaß oder in

Flandern, die Bevölkerung der Romanisierung ein Halt gebietet und sich auf ihr deutsches Volkstum besinnt, und vielleicht wird Luxemburg auch noch einmal sich mit dem Reiche vereinigen, dessen Sprache es spricht und zu dessen Volk es gehört. Aber denken wir einmal an die vielen Glieder, die durch Versailles vom deutschen Volkskörper getrennt wurden, sollen sie ebenso zugrunde gehen, wie das Deutschtum Luxemburgs? Oesterreich, Danzig, Sudetendeutschland usw. sollen nicht nur die deutsche Kultur behalten, und die deutsche Sprache sprechen, sondern auch ihr deutsches Volksbewußtsein wahren. Auch Luxemburg war vor 100 Jahren eine „deutsche Tatsache", heute ist es das nicht mehr; werden unsere Deutschen außerhalb des Reichs, die sich heute noch zum Deutschtum bekennen, ihr deutsches Volksbewußtsein weiter behalten? Lernen wir aus der Geschichte der Schweiz, der Niederlande und Luxemburgs!

H. W. R.

Abbau von Beamtenstellen.

Bis zu 10 v. H. — Heraufsetzung der Altersgrenze? Pensionskürzungen für Doppelverdiener.

— Berlin, 3. Juni.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat nunmehr dem Reichskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Verminderung der öffentlichen Ausgaben unterbreitet. Das Kabinett hat bereits mit der Prüfung des Entwurfs begonnen. Die Entscheidung über die Vorschläge des Reichsfinanzministers ist für die nächsten Tage zu erwarten, doch muß nach der Verabschiedung des Gesetzentwurfs durch das Kabinett auch noch die Zustimmung des Reichsrats und des Reichstags eingeholt werden.

Hinsichtlich der Einzelheiten des Ausgabensenkungsgesetzes beschränken sich die amtlichen Stellen zunächst auf die Mitteilung, daß durch eine teilweise Nichtwiederbesetzung freiwerdender Beamtenstellen eine Verminderung des Beamtenkörpers der Ministerien um 10 v. H. erreicht werden soll. Ein Abbau von im Dienst befindlichen Beamten — das wird ausdrücklich bestätigt — ist jedoch nicht geplant. Abgesehen von den Ministerien soll auch an anderen Stellen, soweit es sachlich möglich ist, im Sinne der Einsparung von Beamtenstellen vorgegangen werden. Ferner plant die Regierung Pensionskürzungen für Doppelverdiener.

Im übrigen legt das Reichsfinanzministerium Wert auf die Feststellung, daß auch das Kabinett Müller schon ein Ausgabensenkungsgesetz in Aussicht genommen hat. Man wolle mit dem Ausgabensenkungsgesetz die Forderungen erfüllen, die seit langem vom Parlament und der Oeffentlichkeit zum Zwecke einer wirklichen Ausgabensenkung immer wieder und nachdrücklichst erhoben worden seien.

Inwieweit das Reichskabinett den Vorschlägen des Finanzministeriums folgen wird, ist im voraus nicht zu beurteilen. Erst recht unklar sind aber die Aussichten des Ausgabensenkungsgesetzes im Reichstag.

Gehaltskürzungen bis zu 5 Prozent?

Von privater Seite wird in Ergänzung der amtlichen Mitteilung noch erklärt, das Reichskabinett plane auch eine Heraufsetzung der Altersgrenze vom 65. auf 68. Lebensjahr, um damit die Ausgaben für Pensionen zu senken, sowie die Festsetzung einer Höchstpension von 1000 M. für den Monat und eine Art Gehaltskürzung durch den Fortfall von Sonderzuschlägen: praktisch soll der Fortfall dieser für die in teuren Wirtschaftsgebieten beschäftigten Beamten gezahlten Zuschläge auf eine Gehaltskürzung um etwa 5% hinauslaufen.

Selbstverständlich handelt es sich bei diesen privaten Mitteilungen um reine Mutmaßungen; ihre Glaubwürdigkeit ist angesichts des Schweigens, das die zuständigen Stellen beobachten, nicht nachzuprüfen. Uebrigens ist der ganze Fragenkomplex auch derart, daß eine Verabschiedung des Ausgabensenkungsgesetzes im Reichstag nur nach erbitterten Kämpfen möglich sein wird. Sofern sich nicht bei der Beratung des Ausgabensenkungsgesetzes Konflikte ergeben, deren Lösung schließlich — einem neuzuwählenden Reichstag übertragen werden muß.

Belebung des Baumarktes.

Finanzsorgen mahnen zur Zurückhaltung.

Ausschlaggebend für den Erfolg der auf die Wiederankurbelung des deutschen Wirtschaftsapparates gerichteten Bestrebungen ist mit, ob es gelingen wird das Baugewerbe, diese so wichtige Schlüsselindustrie, zu beleben. Gegenwärtig ist die Lage auf dem Baumarkt leider noch immer trostlos. War es im vergangenen Jahr der sibirische Winter, der einem raschen Arbeitsbeginn auf den Bauplätzen im Wege stand, dann sind es in diesem Jahr die Finanzsorgen des Reiches, der Länder und der Gemeinden, die kein rechtes Leben aufkommen lassen.

Inzwischen haben sich die Finanzschwierigkeiten noch vermehrt. Der mit soviel Freude verkündete Ausgleich des neuen Reichshaushaltsplanes hat sich als eine schlimme Fehlrechnung erwiesen. Die Steuereingänge der Reichskasse sind unter den Auswirkungen der seit Monaten nicht voll arbeitenden Industrie und der Notlage der Landwirtschaft erheblich hinter den Ansätzen zurückgeblieben, während gleichzeitig die Ausgaben größer geworden sind. Die Regierung steht damit erneut vor der Aufgabe, durch einschneidende Maßnahmen einen Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen zu schaffen.

Im Hinblick auf diese ungünstigen Verhältnisse zeigt der Umfang der Bauvorhaben seit langem eine rückläufige Tendenz, außerdem beschränken sich die Behörden darauf, bereits angefangene Bauten zu vollenden, neue Aufträge aber nicht zu vergeben. Wenn die Gemeinden ihr Sparprogramm tatsächlich in vollem Umfange durchführen, dürfte die Bautätigkeit 1930 nach den Angaben des Instituts für Konjunkturforschung um etwa 15 Prozent hinter den Vorjahrsziffern zurückbleiben.

Das würde bedeuten, daß im laufenden Jahre statt des Durchschnittssatzes der letzten beiden Jahre in Höhe von 8,9 Milliarden nur etwa 7,5 Milliarden Mark in Bauten investiert werden können. Für Wohnungsneubauten dürften davon 1930 rund 3 Milliarden gegenüber 3,5 Milliarden M. 1929 verwendet werden. Wesentlich schärfer dürften sich die Schwierigkeiten aber noch auf die öffentlichen Bauten auswirken, bei denen ein Rückgang der Aufwendungen von 2,7 Milliarden Mark 1929 auf etwa 1,7 Milliarde Mark 1930 befürchtet wird.

Auch die verhältnismäßig hohe Ziffer der im Baugewerbe noch vorhandenen Arbeitslosen zeigt, wie sehr gegenwärtig die Bautätigkeit noch darniederliegt. Während nach der Arbeitslosenstatistik eines Bauarbeiterverbandes Ende April 1929 23 v. H. seiner Mitglieder ohne Beschäftigung waren, stellte sich dieser Prozentsatz für die gleiche Zeit des laufenden Jahres auf 52 v. H.

Eine gewisse Entspannung dürfte die Erleichterung auf dem Kreditmarkt herbeiführen, wenn auch die Hypothekenzinsen trotz des rapiden Rückgangs der Zinsen für kurzfristiges Geld bisher noch nicht wesentlich niedriger liegen. Weitere Hoffnungen werden auf die bevorstehende Reparationsanleihe gesetzt, von der ja ein erheblicher Teil nach Deutschland fließen wird, wo er von der Reichsbahn für die Finanzierung von Bauten und Anschaffungen verwendet werden wird. Ferner ist man der Ansicht, daß die neue Reparationsanleihe auch zu einem Schrittmacher neuer deutscher Auslandsanleihen werden wird, so daß nach Ablauf der Zeichnungen die jetzige Flüssigkeit auf den Geldmärkten nicht nur anhalten, sondern nach und nach auch auf die Kapitalmärkte übergreifen wird.

Die Zahl der Wohnungen, für die im ersten Vierteljahr 1930 die Baugenehmigung beantragt wurde, stellt sich zwar um 22% niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres mit seiner strengen Kälte, aber gegenüber dem letzten Vierteljahr von 1929 ergibt sich eine Zunahme von 11 300 auf 19 800 angemeldete Baugenehmigungen für Wohnungen in den 90 von der Statistik erfaßten Groß- und Mittelstädten. Der Reinzuwachs an fertigen Wohnungen ist in den ersten drei Monaten mit 41 000 sogar fast doppelt so groß wie 1929. Für Gebäude zu gewerblichen und sonstigen wirtschaftlichen Zwecken lagen im ersten Vierteljahr 1930 ungefähr ebensoviel Bauanträge vor wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, die Zahl der im ersten Vierteljahr 1930 begonnenen Bauten für gewerbliche Zwecke aber erheblich größer als während der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch das ist ein erfreuliches Zeichen wiedererwachenden Vertrauens der Wirtschaft.

Eine durchgreifende Besserung ist aber nur dann zu erhoffen, wenn auch von der Politik her alles getan wird, um die deutsche Industrie und Landwirtschaft wieder zu Kräften kommen zu lassen. Und zu diesem Zweck muß vor allem mit der Politik der Steuererhöhungen gebrochen werden.

Der Einfall in das Memelgebiet.

Eine unerhörte Zumutung. — Das Memelgebiet soll den Einfall der Litauer bezahlen!

Seit einiger Zeit sind im Memelgebiet Gerüchte im Umlauf, daß Litauen an das Memelgebiet das Ersuchen auf Bezahlung des Litauer-Einfalles, durch den das Gebiet vor mehr als 7 Jahren zu Litauen geschlagen wurde, gerichtet hat. Wie nunmehr von bestunterrichteter Seite bestätigt wird, ist diese ungeheuerliche Forderung tatsächlich von dem damaligen Insurgentenführer Simonaitis, jetzt kommissarischer Landrat in Memel, erhoben und von dem litauischen Gouverneur unterstützt worden!

Simonaitis, dem es jetzt wirtschaftlich sehr schlecht geht, hat beim Direktorium des Memelgebiets den Antrag gestellt, ihm die Summe von 100 000 Lit, die ihm seinerzeit von der litauischen Regierung versprochen worden sei, auszuzahlen. Das Direktorium hat dieses Ansinnen jedoch zurückgewiesen und Simonaitis, gegen den übrigens ein Disziplinarverfahren wegen Unterschlagung schwebt, anheimgestellt, sich mit seiner Forderung an diejenigen Stellen zu wenden, die ihm das Versprechen gegeben haben. Das Direktorium hat darauf ein Schreiben des litauischen Gouverneurs erhalten, in dem dieser das Direktorium auffordert, Simonaitis die 100 000 Lit auszuzahlen, weil die litauische Regierung ihm diese Summe seinerzeit ver-

Im Lande der Haya.

Kigarama, März 1930.

1. Ein merkwürdiges Volk.

„Als ich von Dir zurückkehrte, da erfuhr ich die Freundlichkeit Gottes. Immer wieder hatte ich die Christen hier in Bwandschwa gebeten, mir beim Bau der neuen Kirche zu helfen. Aber nur 6 Männer zeigten sich dazu willig. So ging die Arbeit nur sehr langsam vonstatten. Nun aber gab mir der heilige Geist ein gutes Wort ein. Die Christen fragten mich: „Was willst du dort bei dem Herrn in Kigarama?" Ich sagte ihnen: „Ich bat den Herrn, mich nach Karagwe zu versetzen, da ihr doch nicht willig seid, mir bei dem Bau der Kirche zu helfen." Als die Christen das hörten, kamen sie eilig zusammen. Sie sammelten Geld für den Kirchbau. Sie fangen an, Hand anzulegen. Nun geht der Bau tüchtig voran. Ich danke Gott für das gute Wort, das er mir eingab, die Christen aus ihrer Trägheit aufzurufen." So etwa schreibt der Lehrer Daniel, einer von den Eifrigen unnd Treuen im Lande, an den Missionar in Kigarama. Er freut sich darüber, daß die Andeutung, er wolle die träge Gemeinde verlassen, sie zum Eifer antreibt. Nur schade, daß dieses Wort von seiner Absicht, nach Karagwe zu gehen, einfach gelogen ist. Es ist eine kluge Diplomatie, die er angewendet hat. In seiner Einfalt schreibt er sie dem heiligen Geist zu. (Wir wollen ihn darum nicht zu hart verurteilen. Wir wollen uns vielmehr sagen lassen, wie mancher von uns als heiligen Geist bezeichnet, was doch im Grunde sein eigener böser Menschengeist ist.)

Diese Episode zeigt, wie der Haya gar kein Gefühl für die Verwerflichkeit der Lüge hat. Bei Streitigkeiten untereinander ist meist ein solches Gewirr von Lüge vorhanden, daß der Europäer es als völlig hoffnungslos aufgeben muß, hindurchzudringen und die Lage zu klären. Selbst das Höchste durch Lüge zu erreichen schreckt der Haya nicht zurück. Der Gemeindeleiter stellt einen Taufbewerber dem Missionar für die Taufe vor, obgleich er genau weiß, daß der betreffende in Vielehe lebt. Ein Taufbewerber, der in dieser Gemeinde aus irgendeinem Grunde abgewiesen ist, bringt es fertig, in der nächsten Gemeinde unter einem anderen Namen den Versuch zu machen, doch noch die Taufe zu erlangen.

Um unsere Verwunderung über dieses lügenhafte Volk voll zu machen, sind sie zugleich so ehrlich in allen das Eigentum betreffenden Dingen, wie man es sich nur wünschen kann. Da kommt ein schwarzer Mann und bringt 1 Schilling: „Vor mehreren Monaten hast du ihn mir geliehen. Ich hatte es ganz vergessen, ihn dir wiederzubringen." Die Frau, die ein paar Eier an die Missionarsfrau verkauft hat, kehrt um und bringt einen Cent zurück: „Den hast du mir zuviel gegeben."

Noch andere so verwunderliche Gegensätze sind im Charakter dieses Volkes vorhanden. Ich sah noch kein Volk von der Unterwürfigkeit wie die Haya. Wenn ein Höhergestellter kommt, dann legt jeder Mann jede Last, die er trägt, den Stock, die Pfeife und was er sonst hat, auf die Erde. Er selbst sinkt in seine Knie, legt die Hände zusammen, hebt sie empor und ruft seinen Gruß. Nur auf den Knien liegend spricht der Haya mit den Leuten aus dem königlichen Geschlecht.

Und doch ist dieses Volk zugleich ohne Ehrfurcht. Es ist in der ganzen Kolonie als aufsässig bekannt. Als eine Schar den Gouverneur um die Absetzung eines der hiesigen Sultane bat, und mit dieser Bitte nicht durchdrang, wurde der Wortführer unter ihnen so ausfällig, daß er auf der Stelle verhaftet und verschickt wurde. Es ist mir erst jetzt recht verständlich, warum ein solcher Zwiespalt zwischen den südafrikanischen Wesleyanern hier und den Christen entstehen konnte, der schließlich jene weißen Missionare zum Abzug zwang. Das Volk will mitreden. Der Lukiko, d. h. die mehrmals im Jahre tagende Versammlung aller Lehrer und Aeltesten der Christengemeinden, hat darum hier seine besondere Bedeutung. Hier kann man seine Wünsche und Anliegen äußern. Ohne diese Einrichtung wäre wohl ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen den weißen Missionaren und den schwarzen Christen kaum denkbar.

Erstaunlich ist es mir, zu sehen, mit welcher Ruhe und Ergebenheit jene Taufbewerber den Spruch des Missionars nach ihrer Prüfung aufnehmen, der sie noch für einige Monate von der Taufe zurückstellte, die sie doch so brennend begehren. Noch am selben Tage kamen eine ganze Reihe von ihnen und brachten mit strahlenden Augen und fröhlichen Gesichtern allerhand Geschenke. Aber diese gleichen Leute sind auf der andern Seite wieder von einer Frechheit gegen den Weißen, wie sie etwa in Usambara unerhört wäre. Wenn das Missionsauto abfahren will, sitzt im Augenblick alles voll schwarzer Leute, ohne auch nur um Erlaubnis zu fragen. Nur mit Gewalt kann man sie da herunterbringen. Wenn ich Bilder verteile, stürmen sie so ungehemmt auf mich ein, und reißen mir die Bildchen fast aus den Händen, daß ich schließlich einfach Schluß machen muß. Wenn wir unser Zelt aufgeschlagen haben, sammelt sich eine derart zudringliche Menge, daß wir kaum Platz für unseren Stuhl finden.

So steht Widerspruch gegen Widerspruch. Ich stehe verzweifelt vor dem Versuche, die Seele dieses Volkes zu verstehen, das mit seiner Lügenhaftigkeit, Aufsässigkeit und Frechheit eines der unliebenswürdigsten Völker ist, die ich kennengelernt habe. Sollte es nicht gerade darum dem Erbarmen Jesu besonders nahestehen? Sollte es nicht gerade darum das Evangelium der Liebe und Wahrheit besonders nötig brauchen?

2. Der Lesehunger.

„Jesus hat seinen Jüngern aufgetragen, die Leute zu sich einzuladen. Darum komme ich nun auch in Deine Hütte", so erklärte Bruder Hosbach in den Hütten von Karagwe den schwarzen Leuten sein Kommen. „Ich bin jetzt zu alt, um noch lesen zu lernen", das war mehr als einmal die Antwort, die ihm wurde. Denn Lesen lernen und Christ werden, das ist nach dem verhängnisvollen Schluß dieser Leute hier ein und dasselbe. Jede solche Antwort bot darum dem Missionar eine Gelegenheit und Verpflichtung, den Leuten etwas von der wahren Bedeutung des Rufes Jesu zu sagen.

So gefährlich diese Ideenverbindung von Lesen-lernen und Christ-sein für die Gewinnung der älteren Generation ist, so hilfreich ist sie bei der Arbeit an der jungen Welt des Hayavolkes. Die Jugend und insbesondere die Kaben drängen sich in den Missionsschulen. Es ist fast wie eine Epidemie über das Volk gekommen: Lernen, lernen. Sie wissen gewiß nicht, warum sie eigentlich lesen lernen wollen. Aber es ist ein Zwang, der sie treibt.

Da kommen wir zufällig am Sonnabend nachmittag in die Schulzimmer unserer Zentralschule. Da sitzen ein paar Jungen, mitten in den Freistunden, in denen sie einmal für kurze Zeit in der Woche spielen können, tun können, was sie wollen — sie schreiben, um in dieser Kunst voranzukommen.

Da stellt sich plötzlich heraus, daß ein anderer Junge ohne jede Erlaubnis seines Vaters in die Zentralschule gekommen ist. Der Drang zum Lernen ist zu groß bei ihm. Mit traurigem Blick zieht er ab, als der Vater ihn holt. Da schwindelt sich ein Mädchen mit einer erlogenen Empfehlung ihres Dorflehrers in die Mädchenschule hinein, um zu lernen. Mit wehem Blick läßt sie sich ein paar Tage darauf von ihrer bildungsfeindlichen Mutter nach Hause schleppen.

sprochen habe. Sollte das Direktorium diesem Wunsche nicht nachkommen, so würden die 100 000 Lit vom Finanzanteil, den das Gebiet von Kowno erhält, abgezogen werden.

Die Forderung des Gouverneurs hat im Memelgebiet größtes Aufsehen erregt. Dies um so mehr, als damit der Vertreter der litauischen Regierung offiziell zugibt, daß die litauische Regierung den Einfall ins Memelgebiet seinerzeit inszeniert hat. Von litauischer Seite wurde bis jetzt jede Verbindung der litauischen Regierung mit dem Einfall abgestritten und dieser als eine Erhebung der Memelländer zugunsten Litauens dargestellt.

Eupen-Malmedy ist deutsch!

Vertretertag der Landsmannschaften. — „Wir wünschen den Frieden, können aber Unrecht nicht gutheißen."

— Düren, 3. Juni.

Die Vereinigten Landsmannschaften Eupen-Malmedy und Monschau versammelten sich in Düren zu ihrem diesjährigen Vertretertag. Nach dem dabei verlesenen Geschäftsbericht ist das letzte Jahr das erfolgreichste in der Bewegung gewesen; die vereinigten Landsmannschaften umfaßten am 31. März 1930 27 Ortsgruppen mit über 2000 zahlenden Mitgliedern. Gründungen einer Reihe von Ortsgruppen erfolgten noch in den letzten Wochen. Auch in Amerika, Holland und der Schweiz hat der Verband Mitglieder.

Die Beratungen waren in der Hauptsache interner Natur. Im Mittelpunkt des Programms stand der Heimatabend. Außer dem Verbandsvorsitzenden, Professor Dr. Retzlaff, der die mächtige Entwicklung und unrechtmäßige Abtrennung und die Treue der Schwestern und Brüder in dem neuen belgischen Gebiet zum großen deutschen Vaterland betonte, sprach

Reichstagsvizepräsident Esser.

Redner führte aus:

Wenn der neue Plan eine vollständige Liquidierung des Krieges bedeuten soll, müssen wir dies verneinen, da auch dieser Plan die Wunde Eupen-Malmedy offen läßt. Auch wir wünschen den Frieden, doch können wir dieses Unrecht nicht gutheißen. Deutsches Blut drängt zu deutschem Blut. Wir vergessen Eupen-Malmedy nicht. Wir wissen, daß es Fleisch von unserm Fleisch ist, und wir wissen auch, daß deutsches Blut dicker ist als das Wasser erzwungener Vertragsbestimmungen.

Zum Schluß seiner Rede gab Vizepräsident Esser der Hoffnung Ausdruck, daß einst die bessere Einsicht siegen werde.

Tardieus Programm.

Angebot an die Radikalen. — Rheinland wird pünktlich geräumt.

Frankreichs Ministerpräsident Tardieu hielt in Dijon eine Rede, in der er fast alle Fragen der französischen Politik streifte. Am wichtigsten war ihm aber wohl die Innenpolitik, wobei er der Partei der Radikalen, also den bürgerlichen Demokraten, das versteckte Angebot des Eintritts in seine Regierung machte.

Auf außenpolitischem Gebiet war die Bemerkung von Bedeutung, die Räumung des Rheinlandes werde bis zum 30. Juni programmäßig beendet sein.

In der Abrüstungsfrage stellte Tardieu — wie immer —, das Moment der Sicherheit in den Vordergrund. Trotz des damit erneut bekundeten Gefühls der Unruhe äußerte Tardieu aber im gleichen Atemzug — diesmal gegen Italien gewandt — Frankreich befinde sich in der glücklichen Lage, auf jede Unruhe oder jedes Kraftmeiertum verzichten zu können. Den Schluß der Rede bildete die Versicherung, Frankreich wolle den Frieden, aber auch das Gleichgewicht der Kräfte und es wolle ferner immer Herr seiner selbst sein.

Sollte es Tardieu entgangen sein, daß das Gleichgewicht der Kräfte gerade durch den Versailler Vertrag zerstört worden ist?

Italienische Paneuropa-Vorschläge.

Für Revision verschiedener Friedensverträge und allgemeine Rüstungsgleichheit.

Wie ein Berliner Blatt aus Mailand meldet, setzt Arnaldo Mussolini, der Bruder des italienischen Ministerpräsidenten, Briands Paneuropa ein italienisches Programm entgegen, in dem die folgenden Forderungen aufgestellt werden: Revision verschiedener Friedensverträge; Rüstungsgleichheit, nicht nur ausschließlich auf Italien bezogen; gerechte Verteilung der Kolonien und der Rohstoffe; Ausschaltung der geheimen Einflüsse in der Politik der einzelnen Länder und Anerkennung der Autorität, die das jeweilige Herrschaftssystem anerkennt.

Als weiteren Punkt nennt Mussolini eine grundsätzliche Verständigung über Zoll- und Wirtschaftsfragen.

Hugenberg zur Reparationsfrage

Für Erhebung einer Reparationsabgabe im Import.

In einer Rede in Halle erklärte Geheimrat Dr. Hugenberg, der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, man solle dem Ausland 50 Prozent der Young-Lasten auflegen, indem man außer den Zöllen eine Reparationsabgabe auf alle Waren lege, die vom Ausland importiert würden, auch auf die Rohstoffe. Das Ausland brauche den deutschen Markt. Den deutschen Exporteuren würde auf ihren Ausfuhrmengen die darin steckende Reparationsabgabe zurückerstattet werden.

In Dortmund sprach der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Abg. Dr. Oberfohren. Redner betonte, die Deutschnationale Volkspartei erstrebe eine verantwortliche Teilnahme an der Regierungsführung. Die Gesundung der Wirtschaft sei nur zu ermöglichen, wenn das Problem an der Ausgabenseite angefaßt werde. Beschaffung von Arbeit sei das Gebot der Stunde.

Forderungen der Volkspartei.

Eine Rede des Parteiführers Dr. Scholz.

Im Rahmen einer volksparteilichen Veranstaltung in Münster bestätigte auch der Parteiführer Dr. Scholz das Scheitern der Pläne auf Sammlung der bürgerlichen Mitte. Zur politischen Lage führte Dr. Scholz aus, die Sanierung der deutschen Wirtschaft dürfe nicht mehr aufgeschoben werden.

Im Augenblick seien nicht neue Steuern, sondern stärkste Ausgabensenkung auf allen Gebieten erforderlich.

Es sei falsch, das sogenannte Notopfer auf Beamte und Festbesoldete zu beschränken. Ein solches einseitiges Notopfer sei mit Entschiedenheit abzulehnen. Mit gewissen Zwangsmaßnahmen für eine Preissenkung ließe sich vielleicht ein Notopfer erreichen, das alle Schichten der Bevölkerung umfasse. Auch die Beamtenschaft würde sich wohl bereitfinden, mit den anderen Volksgenossen zusammen ein solches Notopfer in Gestalt gekürzter Löhne und Gehälter zu bringen.

Seine Partei sei bereit, mit noch stärkeren Mitteln die Landwirtschaft zu fördern. Entscheidende Hilfsmaßnahmen für den Osten kämen infolge des Dualismus zwischen Reich und Preußen meist zu spät. Eine Reichsreform und vor allem die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen seien daher unbedingt notwendig.

Stahlhelm warnt Polen.

Schluß mit den Uebergriffen!

Bei einem Stahlhelmaufmarsch in Stettin erklärte Bundesführer Seldte unter Hinweis auf den am gleichen Tage in Breslau stattfindenden Stahlhelmtag, der Stahlhelm wolle mit dieser Kundgebung auch in Polen gehört werden. Der Stahlhelm sei fest entschlossen, die Ostfragen zu den elementaren Forderungen einer zielbewußten Ostpolitik zu erheben. Zum Schluß wies Bundesführer Seldte in scharfen Worten den polnischen Ausdehnungsdrang zurück und richtete mit dem Ausruf „Hütet Euch" eine deutliche Warnung an die Adresse unserer östlichen Nachbarn. In den Nachmittagsstunden nahm Generalfeldmarschall von Mackensen den Vorbeimarsch der Stahlhelmverbände entgegen.

Deutscher Erfolg in Ostoberschlesien.

— **Kattowitz**, 3. Juni. Das Kreisschulamt in Schwientochlowitz hatte eine Eingabe der Schulkommission der deutschen Minderheitsschule mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Amtssprache polnisch sei und die Eingaben in polnischer Sprache abgefaßt werden müßten. Auf die Beschwerde des Deutschen Volksbundes hat der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, jetzt entschieden, daß die Zurückweisung der Eingabe, weil sie in deutscher Sprache abgefaßt war, in Widerspruch mit der Genfer Konvention steht. Die zuständigen Behörden wurden ersucht, den Kreisschulinspektor entsprechend zu belehren. Bemerkenswert ist, daß durch diese Stellungnahme des Präsidenten Calonder klar entschieden wird, daß das polnische Gesetz über die Amtssprache von 1923 bezüglich der Minderheitsschule keine Anwendung findet, daß vielmehr alle Eingaben in Minderheitsschulsachen an die Schulbehörden in deutscher Sprache gerichtet werden können.

Fall Busch bleibt ungeklärt.

Die Untersuchung der Berliner Grundstücksgeschäfte durch den Tod des Stadtrats sehr erschwert.

Mit dem plötzlichen Tod des Stadtrats Busch, des früheren Grundstücksdezernenten der Reichshauptstadt, ist die Aufklärung der Berliner Bestechungs- und Provisionsaffären erneut sehr erschwert worden. Eine restlose Klärung der Vorgänge bei den städtischen Grundstückskäufen wird sich jetzt kaum noch erzielen lassen, insbesondere wird sich nicht nachweisen lassen, ob aktive Bestechung vorgelegen hat, da sicherlich keine schriftlichen Zusicherungen gegeben worden sind.

Das gegen Busch angestrengte Strafverfahren ist überdies mit dem Tode hinfällig geworden. In den übrigen Verfahren wird die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen ohne Unterbrechung fortsetzen, auch will sie den Strohmann des Stadtrats Busch, den Holländer Lutki, vernehmen.

Busch ist übrigens der dritte Beschuldigte, der vor der Hauptverhandlung gestorben ist. Vor ihm war der frühere Obermagistratsrat Schaldach — der sich allerdings keinerlei Verfehlung hat zuschulden kommen lassen — mitten in einer Vernehmung einem Herzschlag erlegen und kurze Zeit später wurde der Direktor des Anschaffungsamtes, Kieburg, das Opfer eines Herzleidens.

Ueber die Krankheit Buschs und seine letzten Tage ist noch folgendes zu sagen: Ende 1929 war Stadtrat Busch an einem schweren Harnleiden erkrankt, das eine Operation erforderlich machte. Er hielt sich einige Wochen in Lugano auf. Gleich nach seiner Rückkehr nach Deutschland begab er sich in ärztliche Behandlung, was zur Folge hatte, daß die Untersuchung gegen ihn mit äußerster Vorsicht geführt wurde. Seine Kräfte nahmen zusehends ab und in den letzten Tagen machte sich ein völliges Schwinden des Bewußtseins bemerkbar. Der Kranke befand sich, als der Tod ihn erreichte, im Zustand völliger Bewußtlosigkeit.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 3. Juni 1930.

— Die Reichsregierung wird der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, die nunmehr die deutschen Tributgelder verwaltet, Mitte Juni eine erste Rate in Höhe von 136,8 Millionen Mark überweisen.

*

:: **Bildung von Pressekammern?** Auf der Münchener Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse gelangte eine Entschließung zur Annahme, nach der als öffentlich anerkannte Berufsvertretungen Pressekammern geschaffen werden sollen. — Reichspräsident von Hindenburg hatte ein Begrüßungstelegramm gesandt.

:: **Weltkraftkonferenz unter dem Protektorat des Reichspräsidenten.** Für die demnächst beginnende Weltkraftkonferenz hat Reichspräsident von Hindenburg das Protektorat übernommen. Der Reichskanzler, sowie die übrigen Kabinettsmitglieder werden Mitglieder des Ehrenpräsidiums sein.

Die neuen Botschafter.

Ernennung durch den Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg hat die in Aussicht genommenen Ernennungen für die Botschaften in London und Rom sowie für den Posten des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt vollzogen. Botschafter Sthamer wird am 1. Oktober in den Ruhestand treten. Zu seinem Nachfolger ist Botschafter v. Neurath ernannt, an dessen Stelle tritt Staatssekretär v. Schubert. Zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt wurde Ministerialdirigent Bernhard v. Bülow ernannt, der seinen neuen Posten in der zweiten Junihälfte antreten wird.

Rundschau im Auslande.

‡ Die flämischen Verbände veranstalteten in der belgischen Hauptstadt einen großen Umzug für die Rechte der Kriegsinvaliden.

‡ Gandhi hat einen neuen Brief an den Vizekönig von Indien gerichtet; wie verlautet, wollen aber die Engländer im Augenblick keine Verhandlungen, um die rücksichtslose Unterdrückung der Aufstandsbewegung nicht aufzuhalten!

‡ Nach der „Westminster Gazette" hat die liberale Londoner Zeitung „Daily News" nunmehr auch den „Daily Chronicle" übernommen; die „Daily News" verkörpert nunmehr drei liberale Zeitungen.

*

Polens Gesandter bei Litwinow.

‡ Der polnische Gesandte in Moskau, Patek, hatte eine Unterredung mit dem russischen Außenkommissar Litwinow. Gegenstand der Verhandlung war der Bombenanschlag auf die russische Gesandtschaft in Warschau.

Finnland beginnt mit dem Bau von U-Booten.

‡ In Abo ist das erste in Finnland erbaute Unterseeboot feierlich vom Stapel gelaufen. Bisher hat Finnland seine Unterseeboote von England oder Frankreich bezogen.

Ein Anschlag auf Tardieu?

Das Eisenbahnunglück in Frankreich.

Die Untersuchung des Eisenbahnunglücks bei Paris, bei dem 7 Personen getötet und etwa 30 verletzt wurden, hat mit einiger Bestimmtheit ergeben, daß es sich um einen Anschlag handelt. Die Ursache der Entgleisung liegt darin, daß eine Draisine, die zur Beförderung von Eisenbahnschienen diente, auf dem Gleise stand.

Diese Draisine hat aber 20 Minuten vor Passieren des Schnellzuges noch nicht auf dem Gleise gestanden, da um diese Zeit ein anderer Schnellzug die Stelle passiert hatte. Um 22,30 Uhr fuhr dann der Marseiller Schnellzug auf das Hindernis auf. Innerhalb dieser 20 Minuten muß die Draisine auf die Schienen gestellt worden sein.

Die Polizei will bereits gewisse Spuren von den Attentätern gefunden haben. Sie hofft, binnen kurzem die Täter verhaften zu können. Das „Echo de Paris" meldet hierzu, daß Ministerpräsident Tardieu am Sonnabendabend die gleiche Strecke benutzte, um nach Dijon zu reisen.

Auf dem Grase, das den Fußboden unserer einfachen Buschschulen bildet, hocken 5—6 kleine schwarze Kerle zusammen. Vor sich haben sie eine Fibel. Einer unter ihnen macht den Lehrer, indem er Silbe nach Silbe vorliest, und jedesmal fällt die ganze Schar mit schallender Stimme ein. So klingt es durch den Raum: ba, ba; be, be; bi, bi; bo, bo; bu, bu. Wenn die Seite heruntergelesen ist, geht es wieder von neuem los. Vielleicht versucht jetzt ein anderer die Stelle des Lehrers zu machen. So eifrig sind manche Jungen dabei, daß sie das Buch vorwärts und rückwärts, ja, die Schrift verkehrt herum lesen können.

Die ganze Schiefertafel wird vollgekritzelt mit a oder e oder f und dann mit stolzen fröhlichen Augen dem Missionar gezeigt. Und welche Freude, wenn er ein Wort vorschreibt, das man dann nachkritzeln kann. Wieder ein Schritt weiter voran. Beim Rechnen werden die Zeichen für + und × hoffnungslos verwechselt. Aber immer wieder wird versucht, ob man nicht diese schwere Kunst doch meistern kann.

So sind es hier die Kinder, die es erzwingen, daß sie lesen lernen, schreiben lernen. Sie tun es, obwohl ihnen oft fast alle Schulmittel fehlen. Sie tun es, obwohl ihre Lehrer oft unfähig sind, sie weiterzubringen. Die Not an Lehrern ist ja so groß, daß jeder genommen wird, der nur etwas lesen und schreiben kann und sonst ein zuverlässiger Mann ist. Natürlich fehlt diesen einfältigen Männern jeder Ueberblick und jede Methode. Da wandelt Hesekiel von jedem einzelnen Schüler zum andern, um ihm etwas zu zeigen. Als wir ihn fragen: „Wieviel Klassen hast du?", sagt er unbedenklich: „Ich habe zwei." In Wahrheit hatte er wenigstens 6 oder 7 verschiedene Stufen im Wissen seiner Kinder. Von einer Zusammenfassung seiner Kinder hatte er keine Ahnung. Den andern fragen wir: „Hast du auch mit den Kindern gerechnet?" Als er bejaht, bitten wir ihn, seine Kunst zu zeigen. Und nun beginnt er seine Aufgaben 1×2=, 1×3=, 1×4= und so fort bis 1×20=, da erklärt er treuherzig: „Weiter sind wir nicht gekommen."

Daß sich doch deutsche christliche Lehrer bereit fänden, hier helfend einzuspringen. Sie könnten in Lehrerkursen die Begabtesten fördern und unterweisen. Sie könnten in der Zentralschule helfen bei der Ausbildung neuer besserer Lehrer. Sie könnten hin und her im weiten Lande die Schulen inspizieren und so den Unterricht fördern. Sie könnten einem ganzen Volk, das herausbegehrt aus Dunkelheit und Ungewißheit, helfen zum Lichte, das mit Jesus in die Welt gebracht ist.

(Fortsetzung folgt.)

Flandern, die Bevölkerung der Romanisierung ein Halt gebietet und sich auf ihr deutsches Volkstum besinnt, und vielleicht wird Luxemburg auch noch einmal sich mit dem Reiche vereinigen, dessen Sprache es spricht und zu dessen Volk es gehört. Aber denken wir einmal an die vielen Glieder, die durch Versailles vom deutschen Volkskörper getrennt wurden, sollen sie ebenso zugrunde gehen, wie das Deutschtum Luxemburgs? Oesterreich, Danzig, Sudetendeutschland usw. sollen nicht nur die deutsche Kultur behalten, und die deutsche Sprache sprechen, sondern auch ihr deutsches Volksbewußtsein wahren. Auch Luxemburg war vor 100 Jahren eine „deutsche Tatsache", heute ist es das nicht mehr; werden unsere Deutschen außerhalb des Reichs, die sich heute noch zum Deutschtum bekennen, ihr deutsches Volksbewußtsein weiter behalten? Lernen wir aus der Geschichte der Schweiz, der Niederlande und Luxemburgs!

H. W. R.

Abbau von Beamtenstellen.

Bis zu 10 v. H. — Heraufsetzung der Altersgrenze? Pensionskürzungen für Doppelverdiener.

— Berlin, 3. Juni.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat nunmehr dem Reichskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Verminderung der öffentlichen Ausgaben unterbreitet. Das Kabinett hat bereits mit der Prüfung des Entwurfs begonnen. Die Entscheidung über die Vorschläge des Reichsfinanzministers ist für die nächsten Tage zu erwarten, doch muß nach der Verabschiedung des Gesetzentwurfs durch das Kabinett auch noch die Zustimmung des Reichsrats und des Reichstags eingeholt werden.

Hinsichtlich der Einzelheiten des Ausgabensenkungsgesetzes beschränken sich die amtlichen Stellen zunächst auf die Mitteilung, daß durch eine teilweise Nichtwiederbesetzung freiwerdender Beamtenstellen eine Verminderung des Beamtenkörpers der Ministerien um 10 v. H. erreicht werden soll. Ein Abbau von im Dienst befindlichen Beamten — das wird ausdrücklich bestätigt — ist jedoch nicht geplant. Abgesehen von den Ministerien soll auch an anderen Stellen, soweit es sachlich möglich ist, im Sinne der Einsparung von Beamtenstellen vorgegangen werden. Ferner plant die Regierung Pensionskürzungen für Doppelverdiener.

Im übrigen legt das Reichsfinanzministerium Wert auf die Feststellung, daß auch das Kabinett Müller schon ein Ausgabensenkungsgesetz in Aussicht genommen hat. Man wolle mit dem Ausgabensenkungsgesetz die Forderungen erfüllen, die seit langem vom Parlament und der Oeffentlichkeit zum Zwecke einer wirklichen Ausgabensenkung immer wieder und nachdrücklichst erhoben worden seien.

Inwieweit das Reichskabinett den Vorschlägen des Finanzministeriums folgen wird, ist im voraus nicht zu beurteilen. Erst recht unklar sind aber die Aussichten des Ausgabensenkungsgesetzes im Reichstag.

Gehaltskürzungen bis zu 5 Prozent?

Von privater Seite wird in Ergänzung der amtlichen Mitteilung noch erklärt, das Reichskabinett plane auch eine Heraufsetzung der Altersgrenze vom 65. auf 68. Lebensjahr, um damit die Ausgaben für Pensionen zu senken, sowie die Festsetzung einer Höchstpension von 1000 M. für den Monat und eine Art Gehaltskürzung durch den Fortfall von Sonderzuschlägen: praktisch soll der Fortfall dieser für die in teuren Wirtschaftsgebieten beschäftigten Beamten gezahlten Zuschläge auf eine Gehaltskürzung um etwa 5% hinauslaufen.

Selbstverständlich handelt es sich bei diesen privaten Mitteilungen um reine Mutmaßungen; ihre Glaubwürdigkeit ist angesichts des Schweigens, das die zuständigen Stellen beobachten, nicht nachzuprüfen. Uebrigens ist der ganze Fragenkomplex auch derart, daß eine Verabschiedung des Ausgabensenkungsgesetzes im Reichstag nur nach erbitterten Kämpfen möglich sein wird. Sofern sich nicht bei der Beratung des Ausgabensenkungsgesetzes Konflikte ergeben, deren Lösung schließlich — einem neuzuwählenden Reichstag übertragen werden muß.

Belebung des Baumarktes.

Finanzsorgen mahnen zur Zurückhaltung.

Ausschlaggebend für den Erfolg der auf die Wiederankurbelung des deutschen Wirtschaftsapparates gerichteten Bestrebungen ist mit, ob es gelingen wird das Baugewerbe, diese so wichtige Schlüsselindustrie, zu beleben. Gegenwärtig ist die Lage auf dem Baumarkt leider noch immer trostlos. War es im vergangenen Jahr der sibirische Winter, der einem raschen Arbeitsbeginn auf den Bauplätzen im Wege stand, dann sind es in diesem Jahr die Finanzsorgen des Reiches, der Länder und der Gemeinden, die kein rechtes Leben aufkommen lassen.

Inzwischen haben sich die Finanzschwierigkeiten noch vermehrt. Der mit soviel Freude verkündete Ausgleich des neuen Reichshaushaltsplanes hat sich als eine schlimme Fehlrechnung erwiesen. Die Steuereingänge der Reichskasse sind unter den Auswirkungen der seit Monaten nicht voll arbeitenden Industrie und der Notlage der Landwirtschaft erheblich hinter den Ansätzen zurückgeblieben, während gleichzeitig die Ausgaben größer geworden sind. Die Regierung steht damit erneut vor der Aufgabe, durch einschneidende Maßnahmen einen Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen zu schaffen.

Im Hinblick auf diese ungünstigen Verhältnisse zeigt der Umfang der Bauvorhaben seit langem eine rückläufige Tendenz, außerdem beschränken sich die Behörden darauf, bereits angefangene Bauten zu vollenden, neue Aufträge aber nicht zu vergeben. Wenn die Gemeinden ihr Sparprogramm tatsächlich in vollem Umfange durchführen, dürfte die Bautätigkeit 1930 nach den Angaben des Instituts für Konjunkturforschung um etwa 15 Prozent hinter den Vorjahrsziffern zurückbleiben.

Das würde bedeuten, daß im laufenden Jahre statt des Durchschnittssatzes der letzten beiden Jahre in Höhe von 8,9 Milliarden nur etwa 7,5 Milliarden Mark in Bauten investiert werden können. Für Wohnungsneubauten dürften davon 1930 rund 3 Milliarden gegenüber 3,5 Milliarden M. 1929 verwendet werden. Wesentlich schärfer dürften sich die Schwierigkeiten aber noch auf die öffentlichen Bauten auswirken, bei denen ein Rückgang der Aufwendungen von 2,7 Milliarden Mark 1929 auf etwa 1,7 Milliarde Mark 1930 befürchtet wird.

Auch die verhältnismäßig hohe Ziffer der im Baugewerbe noch vorhandenen Arbeitslosen zeigt, wie sehr gegenwärtig die Bautätigkeit noch darniederliegt. Während nach der Arbeitslosenstatistik eines Bauarbeiterverbandes Ende April 1929 23 v. H. seiner Mitglieder ohne Beschäftigung waren, stellte sich dieser Prozentsatz für die gleiche Zeit des laufenden Jahres auf 52 v. H.

Eine gewisse Entspannung dürfte die Erleichterung auf dem Kreditmarkt herbeiführen, wenn auch die Hypothekenzinsen trotz des rapiden Rückgangs der Zinsen für kurzfristiges Geld bisher noch nicht wesentlich niedriger liegen. Weitere Hoffnungen werden auf die bevorstehende Reparationsanleihe gesetzt, von der ja ein erheblicher Teil nach Deutschland fließen wird, wo er von der Reichsbahn für die Finanzierung von Bauten und Anschaffungen verwendet werden wird. Ferner ist man der Ansicht, daß die neue Reparationsanleihe auch zu einem Schrittmacher neuer deutscher Auslandsanleihen werden wird, so daß nach Ablauf der Zeichnungen die jetzige Flüssigkeit auf den Geldmärkten nicht nur anhalten, sondern nach und nach auch auf die Kapitalmärkte übergreifen wird.

Die Zahl der Wohnungen, für die im ersten Vierteljahr 1930 die Baugenehmigung beantragt wurde, stellt sich zwar um 22% niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres mit seiner strengen Kälte, aber gegenüber dem letzten Vierteljahr von 1929 ergibt sich eine Zunahme von 11 300 auf 19 800 angemeldete Baugenehmigungen für Wohnungen in den 90 von der Statistik erfaßten Groß- und Mittelstädten. Der Reinzuwachs an fertigen Wohnungen ist in den ersten drei Monaten mit 41 000 sogar fast doppelt so groß wie 1929. Für Gebäude zu gewerblichen und sonstigen wirtschaftlichen Zwecken lagen im ersten Vierteljahr 1930 ungefähr ebensoviel Bauanträge vor wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, die Zahl der im ersten Vierteljahr 1930 begonnenen Bauten für gewerbliche Zwecke aber erheblich größer als während der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch das ist ein erfreuliches Zeichen wiedererwachenden Vertrauens der Wirtschaft.

Eine durchgreifende Besserung ist aber nur dann zu erhoffen, wenn auch von der Politik her alles getan wird, um die deutsche Industrie und Landwirtschaft wieder zu Kräften kommen zu lassen. Und zu diesem Zweck muß vor allem mit der Politik der Steuererhöhungen gebrochen werden.

Der Einfall in das Memelgebiet.

Eine unerhörte Zumutung. — Das Memelgebiet soll den Einfall der Litauer bezahlen!

Seit einiger Zeit sind im Memelgebiet Gerüchte im Umlauf, daß Litauen an das Memelgebiet das Ersuchen auf Bezahlung des Litauer-Einfalles, durch den das Gebiet vor mehr als 7 Jahren zu Litauen geschlagen wurde, gerichtet hat. Wie nunmehr von bestunterrichteter Seite bestätigt wird, ist diese ungeheuerliche Forderung tatsächlich von dem damaligen Insurgentenführer Simonaitis, jetzt kommissarischer Landrat in Memel, erhoben und von dem litauischen Gouverneur unterstützt worden!

Simonaitis, dem es jetzt wirtschaftlich sehr schlecht geht, hat beim Direktorium des Memelgebiets den Antrag gestellt, ihm die Summe von 100 000 Lit, die ihm seinerzeit von der litauischen Regierung versprochen worden sei, auszuzahlen. Das Direktorium hat dieses Ansinnen jedoch zurückgewiesen und Simonaitis, gegen den übrigens ein Disziplinarverfahren wegen Unterschlagung schwebt, anheimgestellt, sich mit seiner Forderung an diejenigen Stellen zu wenden, die ihm das Versprechen gegeben haben. Das Direktorium hat darauf ein Schreiben des litauischen Gouverneurs erhalten, in dem dieser das Direktorium auffordert, Simonaitis die 100 000 Lit auszuzahlen, weil die litauische Regierung ihm diese Summe seinerzeit ver-

Im Lande der Haya.

Kigarama, März 1930.

1. Ein merkwürdiges Volk.

„Als ich von Dir zurückkehrte, da erfuhr ich die Freundlichkeit Gottes. Immer wieder hatte ich die Christen hier in Bwandschwa gebeten, mir beim Bau der neuen Kirche zu helfen. Aber nur 6 Männer zeigten sich dazu willig. So ging die Arbeit nur sehr langsam vonstatten. Nun aber gab mir der heilige Geist ein gutes Wort ein. Die Christen fragten mich: „Was willst du dort bei dem Herrn in Kigarama?" Ich sagte ihnen: „Ich bat den Herrn, mich nach Karagwe zu versetzen, da ihr doch nicht willig seid, mir bei dem Bau der Kirche zu helfen." Als die Christen das hörten, kamen sie eilig zusammen. Sie sammelten Geld für den Kirchbau. Sie fangen an, Hand anzulegen. Nun geht der Bau tüchtig voran. Ich danke Gott für das gute Wort, das er mir eingab, die Christen aus ihrer Trägheit aufzurufen." So etwa schreibt der Lehrer Daniel, einer von den Eifrigen unnd Treuen im Lande, an den Missionar in Kigarama. Er freut sich darüber, daß die Andeutung, er wolle die träge Gemeinde verlassen, sie zum Eifer antreibt. Nur schade, daß dieses Wort von seiner Absicht, nach Karagwe zu gehen, einfach gelogen ist. Es ist eine kluge Diplomatie, die er angewendet hat. In seiner Einfalt schreibt er sie dem heiligen Geist zu. (Wir wollen ihn darum nicht zu hart verurteilen. Wir wollen uns vielmehr sagen lassen, wie mancher von uns als heiligen Geist bezeichnet, was doch im Grunde sein eigener böser Menschengeist ist.)

Diese Episode zeigt, wie der Haya gar kein Gefühl für die Verwerflichkeit der Lüge hat. Bei Streitigkeiten untereinander ist meist ein solches Gewirr von Lüge vorhanden, daß der Europäer es als völlig hoffnungslos aufgeben muß, hindurchzudringen und die Lage zu klären. Selbst das Höchste durch Lüge zu erreichen schreckt der Haya nicht zurück. Der Gemeindeleiter stellt einen Taufbewerber dem Missionar für die Taufe vor, obgleich er genau weiß, daß der betreffende in Vielehe lebt. Ein Taufbewerber, der in dieser Gemeinde aus irgendeinem Grunde abgewiesen ist, bringt es fertig, in der nächsten Gemeinde unter einem anderen Namen den Versuch zu machen, doch noch die Taufe zu erlangen.

Um unsere Verwunderung über dieses lügenhafte Volk voll zu machen, sind sie zugleich so ehrlich in allen das Eigentum betreffenden Dingen, wie man es sich nur wünschen kann. Da kommt ein schwarzer Mann und bringt 1 Schilling: „Vor mehreren Monaten hast du ihn mir geliehen. Ich hatte es ganz vergessen, ihn dir wiederzubringen." Die Frau, die ein paar Eier an die Missionarsfrau verkauft hat, kehrt um und bringt einen Cent zurück: „Den hast du mir zuviel gegeben."

Noch andere so verwunderliche Gegensätze sind im Charakter dieses Volkes vorhanden. Ich sah noch kein Volk von der Unterwürfigkeit wie die Haya. Wenn ein Höhergestellter kommt, dann legt jeder Mann jede Last, die er trägt, den Stock, die Pfeife und was er sonst hat, auf die Erde. Er selbst sinkt in seine Knie, legt die Hände zusammen, hebt sie empor und ruft seinen Gruß. Nur auf den Knien liegend spricht der Haya mit den Leuten aus dem königlichen Geschlecht.

Und doch ist dieses Volk zugleich ohne Ehrfurcht. Es ist in der ganzen Kolonie als aufsässig bekannt. Als eine Schar den Gouverneur um die Absetzung eines der hiesigen Sultane bat, und mit dieser Bitte nicht durchdrang, wurde der Wortführer unter ihnen so ausfällig, daß er auf der Stelle verhaftet und verschickt wurde. Es ist mir erst jetzt recht verständlich, warum ein solcher Zwiespalt zwischen den südafrikanischen Wesleyanern hier und den Christen entstehen konnte, der schließlich jene weißen Missionare zum Abzug zwang. Das Volk will mitreden. Der Lukiko, d. h. die mehrmals im Jahre tagende Versammlung aller Lehrer und Aeltesten der Christengemeinden, hat darum hier seine besondere Bedeutung. Hier kann man seine Wünsche und Anliegen äußern. Ohne diese Einrichtung wäre wohl ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen den weißen Missionaren und den schwarzen Christen kaum denkbar.

Erstaunlich ist es mir, zu sehen, mit welcher Ruhe und Ergebenheit jene Taufbewerber den Spruch des Missionars nach ihrer Prüfung aufnehmen, der sie noch für einige Monate von der Taufe zurückstellte, die sie doch so brennend begehren. Noch am selben Tage kamen eine ganze Reihe von ihnen und brachten mit strahlenden Augen und fröhlichen Gesichtern allerhand Geschenke. Aber diese gleichen Leute sind auf der andern Seite wieder von einer Frechheit gegen den Weißen, wie sie etwa in Usambara unerhört wäre. Wenn das Missionsauto abfahren will, sitzt im Augenblick alles voll schwarzer Leute, ohne auch nur um Erlaubnis zu fragen. Nur mit Gewalt kann man sie da herunterbringen. Wenn ich Bilder verteile, stürmen sie so ungehemmt auf mich ein, und reißen mir die Bildchen fast aus den Händen, daß ich schließlich einfach Schluß machen muß. Wenn wir unser Zelt aufgeschlagen haben, sammelt sich eine derart zudringliche Menge, daß wir kaum Platz für unseren Stuhl finden.

So steht Widerspruch gegen Widerspruch. Ich stehe verzweifelt vor dem Versuche, die Seele dieses Volkes zu verstehen, das mit seiner Lügenhaftigkeit, Aufsässigkeit und Frechheit eines der unliebenswürdigsten Völker ist, die ich kennengelernt habe. Sollte es nicht gerade darum dem Erbarmen Jesu besonders nahestehen? Sollte es nicht gerade darum das Evangelium der Liebe und Wahrheit besonders nötig brauchen?

2. Der Lesehunger.

„Jesus hat seinen Jüngern aufgetragen, die Leute zu sich einzuladen. Darum komme ich nun auch in Deine Hütte", so erklärte Bruder Hosbach in den Hütten von Karagwe den schwarzen Leuten sein Kommen. „Ich bin jetzt zu alt, um noch lesen zu lernen", das war mehr als einmal die Antwort, die ihm wurde. Denn Lesen lernen und Christ werden, das ist nach dem verhängnisvollen Schluß dieser Leute hier ein und dasselbe. Jede solche Antwort bot darum dem Missionar eine Gelegenheit und Verpflichtung, den Leuten etwas von der wahren Bedeutung des Rufes Jesu zu sagen.

So gefährlich diese Ideenverbindung von Lesen-lernen und Christ-sein für die Gewinnung der älteren Generation ist, so hilfreich ist sie bei der Arbeit an der jungen Welt des Hayavolkes. Die Jugend und insbesondere die Kaben drängen sich in den Missionsschulen. Es ist fast wie eine Epidemie über das Volk gekommen: Lernen, lernen. Sie wissen gewiß nicht, warum sie eigentlich lesen lernen wollen. Aber es ist ein Zwang, der sie treibt.

Da kommen wir zufällig am Sonnabend nachmittag in die Schulzimmer unserer Zentralschule. Da sitzen ein paar Jungen, mitten in den Freistunden, in denen sie einmal für kurze Zeit in der Woche spielen können, tun können, was sie wollen — sie schreiben, um in dieser Kunst voranzukommen.

Da stellt sich plötzlich heraus, daß ein anderer Junge ohne jede Erlaubnis seines Vaters in die Zentralschule gekommen ist. Der Drang zum Lernen ist zu groß bei ihm. Mit traurigem Blick zieht er ab, als der Vater ihn holt. Da schwindelt sich ein Mädchen mit einer erlogenen Empfehlung ihres Dorflehrers in die Mädchenschule hinein, um zu lernen. Mit wehem Blick läßt sie sich ein paar Tage darauf von ihrer bildungsfeindlichen Mutter nach Hause schleppen.

sprochen habe. Sollte das Direktorium diesem Wunsche nicht nachkommen, so würden die 100 000 Lit vom Finanzanteil, den das Gebiet von Kowno erhält, abgezogen werden.

Die Forderung des Gouverneurs hat im Memelgebiet größtes Aufsehen erregt. Dies um so mehr, als damit der Vertreter der litauischen Regierung offiziell zugibt, daß die litauische Regierung den Einfall ins Memelgebiet seinerzeit inszeniert hat. Von litauischer Seite wurde bis jetzt jede Verbindung der litauischen Regierung mit dem Einfall abgestritten und dieser als eine Erhebung der Memelländer zugunsten Litauens dargestellt.

Eupen-Malmedy ist deutsch!

Vertretertag der Landsmannschaften. — „Wir wünschen den Frieden, können aber Unrecht nicht gutheißen."

— Düren, 3. Juni.

Die Vereinigten Landsmannschaften Eupen-Malmedy und Monschau versammelten sich in Düren zu ihrem diesjährigen Vertretertag. Nach dem dabei verlesenen Geschäftsbericht ist das letzte Jahr das erfolgreichste in der Bewegung gewesen; die vereinigten Landsmannschaften umfaßten am 31. März 1930 27 Ortsgruppen mit über 2000 zahlenden Mitgliedern. Gründungen einer Reihe von Ortsgruppen erfolgten noch in den letzten Wochen. Auch in Amerika, Holland und der Schweiz hat der Verband Mitglieder.

Die Beratungen waren in der Hauptsache interner Natur. Im Mittelpunkt des Programms stand der Heimatabend. Außer dem Verbandsvorsitzenden, Professor Dr. Retzlaff, der die mächtige Entwicklung und unrechtmäßige Abtrennung und die Treue der Schwestern und Brüder in dem neuen belgischen Gebiet zum großen deutschen Vaterland betonte, sprach

Reichstagsvizepräsident Esser.

Redner führte aus:

Wenn der neue Plan eine vollständige Liquidierung des Krieges bedeuten soll, müssen wir dies verneinen, da auch dieser Plan die Wunde Eupen-Malmedy offen läßt. Auch wir wünschen den Frieden, doch können wir dieses Unrecht nicht gutheißen. Deutsches Blut drängt zu deutschem Blut. Wir vergessen Eupen-Malmedy nicht. Wir wissen, daß es Fleisch von unserm Fleisch ist, und wir wissen auch, daß deutsches Blut dicker ist als das Wasser erzwungener Vertragsbestimmungen.

Zum Schluß seiner Rede gab Vizepräsident Esser der Hoffnung Ausdruck, daß einst die bessere Einsicht siegen werde.

Tardieus Programm.

Angebot an die Radikalen. — Rheinland wird pünktlich geräumt.

Frankreichs Ministerpräsident Tardieu hielt in Dijon eine Rede, in der er fast alle Fragen der französischen Politik streifte. Am wichtigsten war ihm aber wohl die Innenpolitik, wobei er der Partei der Radikalen, also den bürgerlichen Demokraten, das versteckte Angebot des Eintritts in seine Regierung machte.

Auf außenpolitischem Gebiet war die Bemerkung von Bedeutung, die Räumung des Rheinlandes werde bis zum 30. Juni programmäßig beendet sein.

In der Abrüstungsfrage stellte Tardieu — wie immer —, das Moment der Sicherheit in den Vordergrund. Trotz des damit erneut bekundeten Gefühls der Unruhe äußerte Tardieu aber im gleichen Atemzug — diesmal gegen Italien gewandt — Frankreich befinde sich in der glücklichen Lage, auf jede Unruhe oder jedes Kraftmeiertum verzichten zu können. Den Schluß der Rede bildete die Versicherung, Frankreich wolle den Frieden, aber auch das Gleichgewicht der Kräfte und es wolle ferner immer Herr seiner selbst sein.

Sollte es Tardieu entgangen sein, daß das Gleichgewicht der Kräfte gerade durch den Versailler Vertrag zerstört worden ist?

Italienische Paneuropa-Vorschläge.

Für Revision verschiedener Friedensverträge und allgemeine Rüstungsgleichheit.

Wie ein Berliner Blatt aus Mailand meldet, setzt Arnaldo Mussolini, der Bruder des italienischen Ministerpräsidenten, Briands Paneuropa ein italienisches Programm entgegen, in dem die folgenden Forderungen aufgestellt werden: Revision verschiedener Friedensverträge; Rüstungsgleichheit, nicht nur ausschließlich auf Italien bezogen; gerechte Verteilung der Kolonien und der Rohstoffe; Ausschaltung der geheimen Einflüsse in der Politik der einzelnen Länder und Anerkennung der Autorität, die das jeweilige Herrschaftssystem anerkennt.

Als weiteren Punkt nennt Mussolini eine grundsätzliche Verständigung über Zoll- und Wirtschaftsfragen.

Hugenberg zur Reparationsfrage

Für Erhebung einer Reparationsabgabe im Import.

In einer Rede in Halle erklärte Geheimrat Dr. Hugenberg, der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, man solle dem Ausland 50 Prozent der Young-Lasten auflegen, indem man außer den Zöllen eine Reparationsabgabe auf alle Waren lege, die vom Ausland importiert würden, auch auf die Rohstoffe. Das Ausland brauche den deutschen Markt. Den deutschen Exporteuren würde auf ihren Ausfuhrmengen die darin steckende Reparationsabgabe zurückerstattet werden.

In Dortmund sprach der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Abg. Dr. Oberfohren. Redner betonte, die Deutschnationale Volkspartei erstrebe eine verantwortliche Teilnahme an der Regierungsführung. Die Gesundung der Wirtschaft sei nur zu ermöglichen, wenn das Problem an der Ausgabenseite angefaßt werde. Beschaffung von Arbeit sei das Gebot der Stunde.

Forderungen der Volkspartei.

Eine Rede des Parteiführers Dr. Scholz.

Im Rahmen einer volksparteilichen Veranstaltung in Münster bestätigte auch der Parteiführer Dr. Scholz das Scheitern der Pläne auf Sammlung der bürgerlichen Mitte. Zur politischen Lage führte Dr. Scholz aus, die Sanierung der deutschen Wirtschaft dürfe nicht mehr aufgeschoben werden.

Im Augenblick seien nicht neue Steuern, sondern stärkste Ausgabensenkung auf allen Gebieten erforderlich.

Es sei falsch, das sogenannte Notopfer auf Beamte und Festbesoldete zu beschränken. Ein solches einseitiges Notopfer sei mit Entschiedenheit abzulehnen. Mit gewissen Zwangsmaßnahmen für eine Preissenkung ließe sich vielleicht ein Notopfer erreichen, das alle Schichten der Bevölkerung umfasse. Auch die Beamtenschaft würde sich wohl bereitfinden, mit den anderen Volksgenossen zusammen ein solches Notopfer in Gestalt gekürzter Löhne und Gehälter zu bringen.

Seine Partei sei bereit, mit noch stärkeren Mitteln die Landwirtschaft zu fördern. Entscheidende Hilfsmaßnahmen für den Osten kämen infolge des Dualismus zwischen Reich und Preußen meist zu spät. Eine Reichsreform und vor allem die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen seien daher unbedingt notwendig.

Stahlhelm warnt Polen.

Schluß mit den Uebergriffen!

Bei einem Stahlhelmaufmarsch in Stettin erklärte Bundesführer Seldte unter Hinweis auf den am gleichen Tage in Breslau stattfindenden Stahlhelmtag, der Stahlhelm wolle mit dieser Kundgebung auch in Polen gehört werden. Der Stahlhelm sei fest entschlossen, die Ostfragen zu den elementaren Forderungen einer zielbewußten Ostpolitik zu erheben. Zum Schluß wies Bundesführer Seldte in scharfen Worten den polnischen Ausdehnungsdrang zurück und richtete mit dem Ausruf „Hütet Euch" eine deutliche Warnung an die Adresse unserer östlichen Nachbarn. In den Nachmittagsstunden nahm Generalfeldmarschall von Mackensen den Vorbeimarsch der Stahlhelmverbände entgegen.

Deutscher Erfolg in Ostoberschlesien.

— **Kattowitz**, 3. Juni. Das Kreisschulamt in Schwientochlowitz hatte eine Eingabe der Schulkommission der deutschen Minderheitsschule mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Amtssprache polnisch sei und die Eingaben in polnischer Sprache abgefaßt werden müßten. Auf die Beschwerde des Deutschen Volksbundes hat der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, jetzt entschieden, daß die Zurückweisung der Eingabe, weil sie in deutscher Sprache abgefaßt war, in Widerspruch mit der Genfer Konvention steht. Die zuständigen Behörden wurden ersucht, den Kreisschulinspektor entsprechend zu belehren. Bemerkenswert ist, daß durch diese Stellungnahme des Präsidenten Calonder klar entschieden wird, daß das polnische Gesetz über die Amtssprache von 1923 bezüglich der Minderheitsschule keine Anwendung findet, daß vielmehr alle Eingaben in Minderheitsschulsachen an die Schulbehörden in deutscher Sprache gerichtet werden können.

Fall Busch bleibt ungeklärt.

Die Untersuchung der Berliner Grundstücksgeschäfte durch den Tod des Stadtrats sehr erschwert.

Mit dem plötzlichen Tod des Stadtrats Busch, des früheren Grundstücksdezernenten der Reichshauptstadt, ist die Aufklärung der Berliner Bestechungs- und Provisionsaffären erneut sehr erschwert worden. Eine restlose Klärung der Vorgänge bei den städtischen Grundstückskäufen wird sich jetzt kaum noch erzielen lassen, insbesondere wird sich nicht nachweisen lassen, ob aktive Bestechung vorgelegen hat, da sicherlich keine schriftlichen Zusicherungen gegeben worden sind.

Das gegen Busch angestrengte Strafverfahren ist überdies mit dem Tode hinfällig geworden. In den übrigen Verfahren wird die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen ohne Unterbrechung fortsetzen, auch will sie den Strohmann des Stadtrats Busch, den Holländer Lutki, vernehmen.

Busch ist übrigens der dritte Beschuldigte, der vor der Hauptverhandlung gestorben ist. Vor ihm war der frühere Obermagistratsrat Schaldach — der sich allerdings keinerlei Verfehlung hat zuschulden kommen lassen — mitten in einer Vernehmung einem Herzschlag erlegen und kurze Zeit später wurde der Direktor des Anschaffungsamtes, Kieburg, das Opfer eines Herzleidens.

Ueber die Krankheit Buschs und seine letzten Tage ist noch folgendes zu sagen: Ende 1929 war Stadtrat Busch an einem schweren Harnleiden erkrankt, das eine Operation erforderlich machte. Er hielt sich einige Wochen in Lugano auf. Gleich nach seiner Rückkehr nach Deutschland begab er sich in ärztliche Behandlung, was zur Folge hatte, daß die Untersuchung gegen ihn mit äußerster Vorsicht geführt wurde. Seine Kräfte nahmen zusehends ab und in den letzten Tagen machte sich ein völliges Schwinden des Bewußtseins bemerkbar. Der Kranke befand sich, als der Tod ihn erreichte, im Zustand völliger Bewußtlosigkeit.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 3. Juni 1930.

— Die Reichsregierung wird der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, die nunmehr die deutschen Tributgelder verwaltet, Mitte Juni eine erste Rate in Höhe von 136,8 Millionen Mark überweisen.

*

:: **Bildung von Pressekammern?** Auf der Münchener Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse gelangte eine Entschließung zur Annahme, nach der als öffentlich anerkannte Berufsvertretungen Pressekammern geschaffen werden sollen. — Reichspräsident von Hindenburg hatte ein Begrüßungstelegramm gesandt.

:: **Weltkraftkonferenz unter dem Protektorat des Reichspräsidenten.** Für die demnächst beginnende Weltkraftkonferenz hat Reichspräsident von Hindenburg das Protektorat übernommen. Der Reichskanzler, sowie die übrigen Kabinettsmitglieder werden Mitglieder des Ehrenpräsidiums sein.

Die neuen Botschafter.

Ernennung durch den Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg hat die in Aussicht genommenen Ernennungen für die Botschaften in London und Rom sowie für den Posten des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt vollzogen. Botschafter Sthamer wird am 1. Oktober in den Ruhestand treten. Zu seinem Nachfolger ist Botschafter v. Neurath ernannt, an dessen Stelle tritt Staatssekretär v. Schubert. Zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt wurde Ministerialdirigent Bernhard v. Bülow ernannt, der seinen neuen Posten in der zweiten Junihälfte antreten wird.

Rundschau im Auslande.

‡ Die flämischen Verbände veranstalteten in der belgischen Hauptstadt einen großen Umzug für die Rechte der Kriegsinvaliden.

‡ Gandhi hat einen neuen Brief an den Vizekönig von Indien gerichtet; wie verlautet, wollen aber die Engländer im Augenblick keine Verhandlungen, um die rücksichtslose Unterdrückung der Aufstandsbewegung nicht aufzuhalten!

‡ Nach der „Westminster Gazette" hat die liberale Londoner Zeitung „Daily News" nunmehr auch den „Daily Chronicle" übernommen; die „Daily News" verkörpert nunmehr drei liberale Zeitungen.

*

Polens Gesandter bei Litwinow.

‡ Der polnische Gesandte in Moskau, Patek, hatte eine Unterredung mit dem russischen Außenkommissar Litwinow. Gegenstand der Verhandlung war der Bombenanschlag auf die russische Gesandtschaft in Warschau.

Finnland beginnt mit dem Bau von U-Booten.

‡ In Abo ist das erste in Finnland erbaute Unterseeboot feierlich vom Stapel gelaufen. Bisher hat Finnland seine Unterseeboote von England oder Frankreich bezogen.

Ein Anschlag auf Tardieu?

Das Eisenbahnunglück in Frankreich.

Die Untersuchung des Eisenbahnunglücks bei Paris, bei dem 7 Personen getötet und etwa 30 verletzt wurden, hat mit einiger Bestimmtheit ergeben, daß es sich um einen Anschlag handelt. Die Ursache der Entgleisung liegt darin, daß eine Draisine, die zur Beförderung von Eisenbahnschienen diente, auf dem Gleise stand.

Diese Draisine hat aber 20 Minuten vor Passieren des Schnellzuges noch nicht auf dem Gleise gestanden, da um diese Zeit ein anderer Schnellzug die Stelle passiert hatte. Um 22,30 Uhr fuhr dann der Marseiller Schnellzug auf das Hindernis auf. Innerhalb dieser 20 Minuten muß die Draisine auf die Schienen gestellt worden sein.

Die Polizei will bereits gewisse Spuren von den Attentätern gefunden haben. Sie hofft, binnen kurzem die Täter verhaften zu können. Das „Echo de Paris" meldet hierzu, daß Ministerpräsident Tardieu am Sonnabendabend die gleiche Strecke benutzte, um nach Dijon zu reisen.

Auf dem Grase, das den Fußboden unserer einfachen Buschschulen bildet, hocken 5—6 kleine schwarze Kerle zusammen. Vor sich haben sie eine Fibel. Einer unter ihnen macht den Lehrer, indem er Silbe nach Silbe vorliest, und jedesmal fällt die ganze Schar mit schallender Stimme ein. So klingt es durch den Raum: ba, ba; be, be; bi, bi; bo, bo; bu, bu. Wenn die Seite heruntergelesen ist, geht es wieder von neuem los. Vielleicht versucht jetzt ein anderer die Stelle des Lehrers zu machen. So eifrig sind manche Jungen dabei, daß sie das Buch vorwärts und rückwärts, ja, die Schrift verkehrt herum lesen können.

Die ganze Schiefertafel wird vollgekritzelt mit a oder e oder f und dann mit stolzen fröhlichen Augen dem Missionar gezeigt. Und welche Freude, wenn er ein Wort vorschreibt, das man dann nachkritzeln kann. Wieder ein Schritt weiter voran. Beim Rechnen werden die Zeichen für + und × hoffnungslos verwechselt. Aber immer wieder wird versucht, ob man nicht diese schwere Kunst doch meistern kann.

So sind es hier die Kinder, die es erzwingen, daß sie lesen lernen, schreiben lernen. Sie tun es, obwohl ihnen oft fast alle Schulmittel fehlen. Sie tun es, obwohl ihre Lehrer oft unfähig sind, sie weiterzubringen. Die Not an Lehrern ist ja so groß, daß jeder genommen wird, der nur etwas lesen und schreiben kann und sonst ein zuverlässiger Mann ist. Natürlich fehlt diesen einfältigen Männern jeder Ueberblick und jede Methode. Da wandelt Hesekiel von jedem einzelnen Schüler zum andern, um ihm etwas zu zeigen. Als wir ihn fragen: „Wieviel Klassen hast du?", sagt er unbedenklich: „Ich habe zwei." In Wahrheit hatte er wenigstens 6 oder 7 verschiedene Stufen im Wissen seiner Kinder. Von einer Zusammenfassung seiner Kinder hatte er keine Ahnung. Den andern fragen wir: „Hast du auch mit den Kindern gerechnet?" Als er bejaht, bitten wir ihn, seine Kunst zu zeigen. Und nun beginnt er seine Aufgaben 1×2=, 1×3=, 1×4= und so fort bis 1×20=, da erklärt er treuherzig: „Weiter sind wir nicht gekommen."

Daß sich doch deutsche christliche Lehrer bereit fänden, hier helfend einzuspringen. Sie könnten in Lehrerkursen die Begabtesten fördern und unterweisen. Sie könnten in der Zentralschule helfen bei der Ausbildung neuer besserer Lehrer. Sie könnten hin und her im weiten Lande die Schulen inspizieren und so den Unterricht fördern. Sie könnten einem ganzen Volk, das herausbegehrt aus Dunkelheit und Ungewißheit, helfen zum Lichte, das mit Jesus in die Welt gebracht ist.

(Fortsetzung folgt.)

Das Blatt spricht auch die Vermutung aus, daß es sich um einen Anschlag handle. Es sei ja bekannt, daß Monteran eines der aktivsten Kommunistenzentren sei.

In der Annahme, daß es sich um einen Anschlag handelt, werden die Behörden dadurch bestärkt, daß am gleichen Tage die Haltetaue eines Schleppkahnes, der auf der in der Nähe vorbeifließenden Seine festgemacht war, durchschnitten wurden, wodurch der Kahn steuerlos flußabwärts trieb.

Letzte Meldungen.

Gegen die Sonderbesteuerung der Beamten.

— **Berlin,** 3. Juni. Auf dem Verbandstag des Deutschen Postverbandes, der ältesten Reichsbeamtenorganisation, wurden in der Hauptsache das sogenannte Beamtennotopfer zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung und die Ausgabensenkungsgesetzespläne der Reichsregierung beraten. Der Verbandsvorsitzende lehnte eine Sonderbesteuerung der Beamten ab mit der Begründung, daß es sich bei der Arbeitslosigkeit um eine Erscheinung handele, die das ganze Volk betreffe, und deren Nöte zu mildern alle leistungsfähigen Schichten des ganzen deutschen Volkes gemeinsam verpflichtet wären. Die Sonderbehandlung des Staatsdienertums, welche das Ausgabensenkungsgesetz verlange, sei kein gesunder Grundsatz.

Staatsminister Dr. Schmidt-Ott 70 Jahre.

— **Berlin,** 3. Juni. Am 4. Juni begeht der ehemalige preußische Kultusminister Dr. Friedrich Schmidt-Ott seinen 70. Geburtstag. Seit 1920 hat der Jubilar das Präsidium der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft inne. Daneben ist er Vizepräsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Präsident der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas und Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften-Berlin. Von zahlreichen Hochschulen ist Staatsminister Dr. Schmidt-Ott zum Ehrendoktor ernannt worden.

Die Berliner Elternberatswahlen.

— **Berlin,** 3. Juni. Bisher liegen die Ergebnisse aus 430 von 476 evangelischen Volksschulen vor. Es haben erhalten: die christlich-unpolitische Liste 3049 Liste, die sozialistische Liste 743, die kommunistische Liste 239, die Listen für Gemeinschaftsschulen 125 Sitze. Bei den höheren Schulen entfielen auf die christlich-unpolitische Liste 534 und auf die sozialistische Liste 130 Sitze. Auf mehrere Listen religiöser Tendenz entfielen 344 Sitze.

Thüringen lehnt Wirths Forderung ab.

— **Weimar,** 3. Juni. Das thüringische Gesamtkabinett befaßte sich am Montag mit dem Schreiben des Reichsinnenministers Dr. Wirth, in dem dieser die Zurücknahme des Beschlusses über die Ernennung der nationalsozialistischen Polizeidirektoren fordert. Das Kabinett beschloß einstimmig, diese Forderung abzulehnen. Falls Thüringen nunmehr die Reichszuschüsse für Polizeizwecke gesperrt werden, wird es den Staatsgerichtshof anrufen. Der Beschluß des Kabinetts wurde dem Reichsinnenministerium schriftlich mitgeteilt.

Oberbürgermeister Dr. Wagner-Breslau wiedergewählt.

— **Breslau,** 3. Juni. Von der Stadtverordnetenversammlung wurde Oberbürgermeister Dr. Wagner mit 47 von 82 abgegebenen Stimmen aufs neue für die Zeit von zwölf Jahren als Oberbürgermeister von Breslau wiedergewählt.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. (Reformernährung.) Die „Neue Stätte" für Reformernährung und gesundheitsgemäße Lebensweise, eine Einrichtung, wie sie bisher in Bielefeld noch nicht bestand, wurde unter Beteiligung von Vertretern des Magistrates und des Städt. Wohlfahrtsamtes, von Vereinen der Frauenbewegung und alkoholgegnerischen Verbänden festlich eröffnet. Die Vorsitzende des Frauenbundes für alkoholfreie Kultur, dem die Gründung der „Neuen Stätte" zu verdanken ist, begrüßte die Gäste und wies darauf hin, daß es nicht das erstemal sei, daß in Bielefeld neue Wege für die Gesundung unseres Volkes und der allgemeinen Wohlfahrtspflege eingeschlagen wurden und sich vorbildlich erwiesen und Gefolgschaft fanden. Frau Stadträtin Weber und Herr Stadtoberinspektor Rolf begrüßten das neue Unternehmen im Auftrage der städt. Verwaltung, Frau Stadträtin Delius brachte dem praktischen Vorgehen der Frauen gute Wünsche vom Stadtverband Bielefelder Frauen, wie besonders auch vom Hausfrauenbund. Als Vertreter der alkoholgegnerischen Bewegung nahmen Herr Pastor Hammerschmidt und Herr Pastor Bonhof und Herr Schürmann das Wort und dankten den Frauen für die positive Arbeit im Dienste der alkoholfreien Kultur. Eine Kostprobe vegetarischer Art bewies den Anwesenden, was der in lichten Farben gehaltene, mit Blumen geschmückte Speiseraum den Gästen an guten Gerichten bieten will.

Bielefeld. (Billiger Sonderzug nach Wernigerode und auf den Brocken.) Die Reichsbahndirektionen Hannover und Münster beabsichtigen bei genügender Beteiligung am Sonntag, den 15. Juni 1930, einen Sonderzug 3. Klasse mit 33⅓ Prozent Fahrpreisermäßigung und besonderer Reiseleitung von Gütersloh—Bielefeld—Herford und Osnabrück—Melle—Bünde—Löhne—Rinteln—Hameln über Hildesheim—Goslar nach Wernigerode zu fahren. Von Wernigerode ist ein Sonderzug der Harzquerbahn zum Brocken und zurück vorgesehen. — Näheres durch Reiseprogramme, die mit Bildfaltblättern durch die beteiligten Fahrkartenausgaben kostenlos verabfolgt werden. Der Zug fährt: 3.43 ab Gütersloh, 4.40 an Löhne, 3.50 ab Osnabrück Hbf., 4.42 an Löhne, 4.54 ab Löhne, 15.38 an Brocken und trifft 1.15 in Bielefeld und 1.40 in Gütersloh wieder ein. Der Fahrpreis beträgt ab Gütersloh 12,10 ℳ, ab Bielefeld 11,10 ℳ, ab Löhne 9,80 ℳ, ab Osnabrück 12,20 ℳ. Die Sonderfahrt von Wernigerode zum Brocken und zurück kostet für die Teilnehmer dieses Sonderzuges statt 5,— ℳ nur 3,80 ℳ. Der Sonderzug zum Brocken hält auf der Hin- und Rückfahrt auch in Drei-Annen-Hohne und in Schierke.

Offenbarung Joh. Kap. 14, V. 13.

Heute entschlief sanft, doch unerwartet unser lieber, herzensguter Vater und Großvater

Gottlieb Hüttemann

im vollendeten 70. Lebensjahre.

Im Namen aller Angehörigen

Geschwister Hüttemann.

Herford, den 31. Mai 1930.
Waisenhausstraße 1

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 4 Uhr statt.

Lieder zur Laute

singt

Renate Adriane, Bremen

Mittwoch, d. 4. Juni, abds. 8 Uhr im Assapheum

Eintrittskarten 30 Pfg. — Texte an der Abendkasse
Vorverkauf: Telefonamt, Buchhandlung, Anstaltspost

Pfingsten nicht ohne Kamera

Wer photographiert hat mehr vom Leben!

Photo-Apparate
Artikel
Arbeiten
Elo-Artikel

Ernst Lohöfener

Atelier für Photographie
Photo-Handlung

Anzeigen aus Bethel.

— **Trockenes Anmacheholz** hat abzugeben **Morija.**

Zu sofort entschieden gläubige, kinderliebe, arbeitsfreudige

Haustochter

gesucht, schlicht um schlicht, bei vollem Familienanschluß. Dienstmädchen vorhanden.

Pfarrhaus Othfresen bei Goslar.

Christl. Heim, Nähe Hamburg, sucht christl. älteres, rüst. Ehepaar, das evtl. Rente bezieht für

Hausdienerstelle.

Der Mann muß etwas mit Elektrotechnik und gut mit Zentralheiz. vertraut sein und Geschick haben für allerlei Reparat. Die Frau müßte im Hause helfen. Nur treue, ehrl., fleiß. Leute kommen in Frage. Freie Wohn., Beköstg., angenehme Lebensstellung. Angebote mit nicht zu hohen Lohnansprüchen erbeten unter A 6670 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Vorzüglichen Erholungsaufenthalt bietet das im Weserbergland gelegene

Erholungsheim im Solling bei Dassel.

Sehr schöne Höhenlage inmitten herrlicher Laub- u. Fichtenwälder. Licht-, Luft- und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Mäßige Preise. Prospekte kostenlos. Anfragen an

Sekretär Friedrich Gramm.

Hochf. Hannoversche Markenbutter ges. und unges., haltbare Grasware, z. Zt. 9 Pfd. 13,50 Mk. franko.
Otto Doesken, Möhlenwarf (Ostfr.)

Wer leiht jungem, strebsamem Handwerker

2–4000 RM

als Betriebskapital. Sicherheit vorhanden. Angebote an **F. W. Rettich, Kirch-Baggendorf, Grimmen-Land (Pommern).**

Gummiplatten / Gummiläufer
Gummiabtreter / Gummischläuche
u. dgl. empfiehlt
Richard Kayser, Techn.-Geschäft
Cottbus, Schützenstr. 9



Pfingsten

im neuen Kleid u. Anzug von F. Buddeberg

das macht viel Freude u. kostet so wenig

Zum schönen Kleid den passenden Strumpf, elegante Handschuhe, Wäsche und hübsche Modeartikel

Zum flotten Anzug das passende Oberhemd, die Krawatte, Handschuhe, Socken usw.

Alles finden Sie in entzückenden Neuheiten und in bester Auswahl

F. Buddeberg

DAS BIELEFELDER QUALITÄTSHAUS SEIT 1827

Für die Einmachezeit



empfehlen wir unsere bewährten **Einmach-Kannen** ebenso wie sämtliche **Geschirre** für Küche und Haushalt aus bestem Aluminium.

Tiberias-Werke der Anstalt Bethel
Bethel bei Bielefeld.

Erholungsuchende

finden Aufnahme in ruhigem, christl. Hause, in kleinem Familienkreis. Gute Verpfleg. Tagespreis 4.— Mk. Villa im Garten. Nahe gelegene, schöne Spaziergänge.

Frl. von Otterstedt, Ballenstedt-Harz, Poststr. 61

Gutgehende

Dampfziegelei

ca. 90 Morg. Grundstück, prima unerschöpfl. Tonlager. Bahnlinie Berlin-Hannover, pass. für alleinst. evtl. pens. Beamter, sichere Kapital-Anlage, preisw. zu verkaufen. Off. sind zu richten unter A 6661 an die Geschäftsstelle des Aufwärts.

Bethel.

— Am Mittwoch, den 4. Juni, ¼4 Uhr, Frauenhilfe im Assapheum. L. v. Bodelschwingh.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.